Baruther Anzeiger

Älteste Heimatzeitung für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland (gegr. 1865)

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis monatlich 0,90 RM, zuzügl. 0,18 RM Bestellgeld.
Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund".
Sonnabends: Die illustrierte Sonntagsbeilage.
In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger" oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes. — Einzelverkaufspreis 10 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile (46 mm) 4 Reichspfennig, die dreigespaltene Millimeterzeile im Textteil (93 mm) 10 Reichspfennig. Bei Wiederholungen wird Nachlaß gewährt nach unserer Preisliste.
Fernsprecher Nr. 217. — Postscheckkonto: Berlin Nr. 345 40.
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 85 — Mittwoch/Donnerstag, den 15./16. Juli 1936 — 71. Jahrgang

Keine europäische Blockbildung

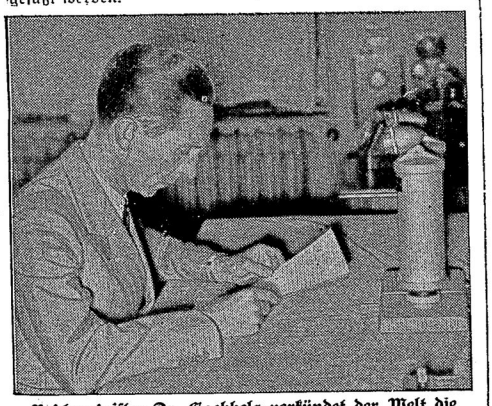
Oesterreichs Propagandaminister über den deutsch-österreichischen Vertrag

Oesterreichs Propagandaminister, Bundeskommissar, Oberst Walter Adam, gab im österreichischen Rundfunk eine Uebersicht über das Echo, das das deutsch-österreichische Abkommen gefunden hat und knüpfte daran einige Bemerkungen.

„Die Spannung Wien—Berlin dauerte", so betonte Oberst Adam, „mehr als zwei Jahre. In ganz Europa hatte man sich an diesen Zustand gewöhnt, man stellte ihn als gegebene Größe hin. Es ist daher nicht überraschend, daß sich an das österreichisch-deutsche Uebereinkommen da und dort sehr weitgehende Kombinationen knüpfen, die auch manchen Irrtum einschließen.

Es bedeutet gewiß einen Irrtum, die Wiederherstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich als einen Schritt zu einer europäischen Blockbildung aufzufassen.

Berufenste Personen haben in diesen Tagen wiederholt bekräftigt, daß die römischen Protokolle einen Tragpfeiler der österreichischen Außenpolitik bilden. Diese Protokolle schließen keinen anderen Staat aus, sie sollen vielmehr die Grundlage zu einer Erweiterung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit in Europa abgeben. Demgemäß hatte auch kein Partner der römischen Protokolle je die Absicht, das Deutsche Reich von der Ordnung der Dinge im Donauraum abzuschalten. Die Aufrechterhaltung eines unnatürlichen Spannungszustandes zwischen den zwei deutschen Staaten könnte doch nie als Sicherung gegen eine Blockbildung aufgefaßt werden.



Reichsminister Dr. Goebbels verkündet der Welt die Wiederherstellung der freundschaftlichen deutsch-österreichischen Beziehungen.

Reichsminister Dr. Goebbels verliest vor dem Rundfunk das deutsch-österreichische Freundschaftsabkommen. (Weltbild — M.)

Gesandter v. Papen begrüßt den neuen österreichischen Minister.

Nach einem Gottesdienst in Wien begrüßte der deutsche Gesandte v. Papen den nach der deutsch-österreichischen Einigung in das Kabinett Schuschnigg aufgenommenen neuen Minister Glaise-Horstenau. (Weltbild).

In einigen ausländischen Blättern kommt auch die Besorgnis zum Ausdruck, daß Oesterreich mit dem Uebereinkommen seine Unabhängigkeit erst recht gefährdet habe. Wenn solche Betrachtungen etwa aus einer Betrachtung des Größenverhältnisses zwischen Oesterreich und Deutschland stammen, so müßte man ganz allgemein zu dem Fehlschluß kommen, daß es ein aufrichtiges freundnachbarliches Verhältnis zwischen einem großen und einem kleinen Staat überhaupt nicht geben könne.

Oesterreich hat nie eine antideutsche Politik getrieben und wird auch in aller Zukunft nie eine antideutsche Politik mitmachen. Das wäre wider die Natur eines Staates, der sich schon in seiner Verfassung ausdrücklich als ein deutscher Staat bekennt.

Mit rückwärts gewendetem Blick wird man das Schicksal der europäischen Völkergemeinschaft nicht ersprießlich gestalten können. Man muß über vieles, was in der Vergangenheit geschehen ist, seelisch hinwegkommen, um vorwärtszukommen. Das ist notwendig. Auch ein Schuß europäischen Optimismus ist notwendig, um zu einer Konsolidierung Europas zu gelangen, an der Oesterreich als kleiner Staat im Schnittpunkt so vieler Interessen im besonderen Maße interessiert ist. Wir wissen uns darin mit der Außenpolitik des Deutschen Reiches solidarisch. Die europäische Friedenspolitik ist von dem Begriff „Optimismus" nicht zu trennen."

Paris torpediert die Locarnokonferenz.

Frankreich wünscht nicht sofortige Hinzuziehung Deutschlands und Italiens — Französisch-englische Gegensätze.

Die Frage, ob nach dem deutsch-österreichischen Abkommen die Locarnokonferenz zustande kommt, wird immer mehr dahin beantwortet, daß der ursprüngliche Konferenzplan durch die Ereignisse überholt ist. Außerdem scheinen sich zwischen London und Paris Gegensätze herausgebildet zu haben, die zum mindesten eine Verschiebung der Konferenz nötig machen.

Der belgische Ministerpräsident van Zeeland vertritt die Auffassung, daß die Ereignisse der letzten Tage den Plan einer Locarnokonferenz überholt haben. Nach Bekanntwerden der deutsch-österreichischen Verständigung und der Weigerung der italienischen Regierung, an einer Konferenz in Brüssel ohne Deutschland teilzunehmen, habe die belgische Regierung sich mit Frankreich und England in Verbindung gesetzt. Es besteht die Möglichkeit, daß die Konferenz auf einen späteren Termin verlegt werde. Darüber fänden zwischen Brüssel und London Besprechungen statt.

Frankreich legt den größten Wert auf die Abhaltung der Konferenz, selbst ohne die Beteiligung Italiens und Deutschlands,

da man bei dieser Gelegenheit versuchen möchte, die Frage der Generalstabsbesprechungen zwischen Frankreich, Belgien und Großbritannien aufzuwerfen und zusätzliche Sicherheitsgarantien von Großbritannien zu erreichen. Wie sich die französische Regierung endgültig zu der etwas veränderten Lage verhalten wird, wird voraussichtlich in den allernächsten Tagen bekanntwerden, wenn Außenminister Delbos wieder in der französischen Hauptstadt ist. Die Pariser Blätter haben allgemein den Eindruck, als ob man in London nicht sehr von der Abhaltung der Konferenz unter den gegenwärtigen Umständen begeistert sei. „Großbritannien", so schreibt die außenpolitische Mitarbeiterin des „Oeuvre", „kehre zu seiner überlieferungsgemäßen Politik des Abwartens zurück. Das Londoner Auswärtige Amt habe den britischen Botschafter in Brüssel beauftragt, den belgischen Außenminister zu einer Erklärung zu veranlassen, nach der

das Ziel der Brüsseler Konferenz in folgenden zwei Punkten bestehen sollte:

1. Abschluß eines westeuropäischen Sicherheitspaktes und 2. Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund. — Die französische Regierung, die ebenfalls von diesem Vorschlag in Kenntnis gesetzt worden sei, habe jedoch mit einem kategorischen Nein geantwortet. Was die Hinzuziehung Deutschlands zu den Besprechungen angehe, so habe die französische Regierung in ihrer Antwort zwar grundsätzlich sich mit der britischen Haltung einverstanden erklärt, aber darauf hingewiesen, daß die Einladung an Italien und Deutschland erst im Anschluß an eine vorherige Fühlungnahme der anderen drei Locarnomächte erfolgen dürfe. In diesem Punkte bestünden daher zwischen Paris und London Meinungsverschiedenheiten."

Alarmzustand in Spanien.

Regierung befürchtet Rechtsputsch und läßt Rechtspolitiker verhaften.

Die Ermordung des spanischen Monarchistenführers Calvo Sotelo und des Führers der linksrepublikanischen Gruppe Barrio hat im Lande ernste Beunruhigung hervorgerufen, zumal bekanntgeworden ist, daß auch noch andere Nationalisten, wie z. B. Gil Robles, ermordet werden sollten. Die Regierung hat daraufhin Sicherheitsmaßnahmen getroffen, da sie eine Störung der Ruhe und Ordnung und einen Rechtsputsch befürchtet. Die Ministerien sind unter starken Polizeischutz gestellt worden. Das anarchistische Parteihaus sowie sämtliche Parteilokale der Monarchisten sind geschlossen worden. Ueberall im Lande sind rechtsstehende Personen verhaftet worden, 175 allein in Madrid.

Die Heeresleitung hält das gesamte stehende Heer von rund 100 000 Mann in den Kasernen.

Die Truppen befinden sich im Alarmzustand, Urlaub wird nicht gegeben.

Die Regierung verspricht, alles zu tun, um die Verbrecher oder die Anstifter, gleich welcher politischen Richtung sie angehören, zur Sühne heranzuziehen. Sie werde ferner für die Aufklärung der Mordtaten schleunigst sorgen und habe aus diesem Grunde Sonderrichter eingesetzt. Die Regierung will einen Aufruf erlassen, in dem schwere Strafen für politische Verbrechen angekündigt werden und die Bevölkerung aufgefordert werden soll, das Friedenswerk der Regierung in diesen schweren Stunden zu unterstützen, damit die umstürzlerischen Elemente nicht die Oberhand gewinnen.

In Oviedo patrouillieren auf Grund von Putschgerüchten Polizeibeamte in Gruppen zu fünf in den Straßen und untersuchen die Fußgänger auf Waffen.

Beflaggung aus Anlaß der XI. Olympischen Spiele.

Der Reichs- und Preußische Minister des Innern und der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda haben für die Beflaggung der öffentlichen und privaten Gebäude aus Anlaß der XI. Olympischen Spiele eine Bekanntmachung erlassen, in der es über die Beflaggung der privaten Gebäude heißt: Die Bevölkerung wird aufgefordert, vom 20. Juli ab bis einschließlich 20. August mit der Reichs- und Nationalflagge zu flaggen. Es können auch die Olympische Flagge und Flaggen der an den Olympischen Spielen teilnehmenden ausländischen Nationen gezeigt werden. Die Flaggen werden während der Nacht nicht eingezogen.

„Kraft durch Freude — ein Wirklichkeit gewordenes Ideal!"

Der Präsident des Internationalen Beratungskomitees und tatkräftige Förderer der amerikanischen Freizeitbewegung, G. T. Kirby, stellt der deutschen Presse ein Grußwort zum Kongreß für Freizeit und Erholung zur Verfügung, dem wir folgendes entnehmen: Die Völker bemühen sich heutzutage nicht bloß, Arbeit zu schaffen und die Arbeitsbedingungen in der Fabrik und auf dem Lande zu verbessern, sondern sie wollen auch die Arbeit glücklich und die Freizeit fröhlich gestalten. Deutschlands „Kraft durch Freude" ist aus einem bloßen Ideal zur vollkommenen Tatsache geworden. Sollte darin die Lösung dieser Probleme, die die Welt bewegen, liegen?

Deutsche Menschen finden zueinander.

Die Reichsfrauenführerin über die deutsche Freizeitgestaltung.

Auf dem Dritten Internationalen Kongreß für soziale Arbeit in London hielt die Reichsfrauenführerin, Frau Scholtz-Klink, eine Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Sie sprach zuerst über die Idee des Nationalsozialismus, der das Wort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" prägte, und gab eine umfassende Uebersicht über die deutsche Freizeitgestaltung „Kraft durch Freude". Frau Scholtz-Klink stellte im Verlauf ihrer Ausführungen mancherorts auftretenden Mißverständnissen gegenüber fest, daß die organisierte Freizeit in Deutschland sich in erster Linie an die deutschen Menschen wende, die aus eigenem heraus niemals auch nur ähnliche Möglichkeiten erkannt hätten. Wir hätten uns vorgenommen, jeden Weg zu erschließen, der uns einander näherbringt, nicht nur in unserem Tagewerk, sondern auch in unserem Feierabend. Unsere Gemeinschaft sei eine absolut freiwillige.